

Liebe Mitglieder und Interessierte,

nachdem wir im Sommer einige Male ganz real zusammentreffen konnten, stecken wir jetzt wieder im Teil-Lockdown. Manches, was wir fest geplant hatten, mussten wir schweren Herzens wieder absagen, zum Beispiel unsere Radtour Anfang November. Ein überzeugendes Konzept für eine Neuausrichtung der Vermögens-, Erbschafts- und Grundsteuer stellte Cansel Kiziltepe (MdB) bei unserer (digitalen) Abteilungsversammlung vor: Die immer größere Schere bei der Vermögensverteilung in unserem Land muss geschlossen und die Lasten der Pandemie müssen gerechter verteilt werden. Sicher ein wichtiges Thema im Wahljahr 2021. Ebenso wichtig auf Landesebene ist das Thema Verkehr. Horst Mentz gibt einen Sachstandsbericht zum Thema Mobilitätsgesetz. Wir haben mit „unserem“ Juso-Vorsitzenden Martin Müller gesprochen. Die aktuellen Informationen aus der BVV stehen im Zeichen des Wohnungsbaus in Reinickendorf.

Viele weitere Informationen auch auf unserer Homepage spd-in-hermsdorf.de.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Euer/Ihr Vorstand der SPD Hermsdorf

Aktuelles Thema

Vermögensspaltung begrenzen, Corona-Lasten gerecht verteilen

Cansel Kiziltepe (MdB) zu Gast bei der Abteilungsversammlung

Am 3. November hatte die Abteilung Cansel Kiziltepe zu Gast, MdB und eine der Steuerexpert*innen der Fraktion und Mitglied der „AG Vermögensbesteuerung“ des Landesvorstands. Deren im März angenommener Abschlussbericht skizziert eine ökonomisch sinnvolle, politisch gerechte und rechtssichere Neuordnung der Substanzbesteuerung. Drei Säulen sollen die immer weitere Auseinanderentwicklung der Vermögen begrenzen und damit zur dauerhaften Stabilisierung des sozialen Friedens beitragen: Die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer und die Grundsteuer.

Die Vermögenssteuer steht immer noch im Ruf der Verfassungswidrigkeit, obwohl

sich dies seinerzeit lediglich auf die Ungleichbehandlung der Vermögenswerte bezog. Auch wenn Cansel die Probleme



Cansel Kiziltepe (MdB) stellte den Abschlussbericht der AG Vermögensbesteuerung vor.

etwa bei Firmenerbschaften einräumt, kann der Staat angesichts der Schuldenbremse auf die geschätzten 25 Mrd. Euro p.a. kaum verzichten. Die Freibeträge würden erst bei 2 Mill. Euro erreicht, der Höchstsatz von 2% erst ab einem Vermögen von 2 Mrd. Euro greifen.

Die Erbschaftssteuer stellt ebenfalls eher ein politisches, denn ein rechtliches Problem dar, fühlen sich doch mehr Bürger davon betroffen, als in den Konzepten zur Reform vorgesehen sind. Durch Erhöhung der Freibeträge und Streichung der Privilegien für Betriebsvermögen und private Stiftungen würde sie als eine reine Millio-närssteuer gestaltet.

Ebenso wurden durch die Neuregelung der Bewertungsgesetze die Grundlagen für eine neue Grundsteuer, der mit knapp

15 Mrd. Euro bislang ergiebigsten Substanzsteuer geschaffen.

Zwar teilten die Genoss*innen Cansels Analyse einer notwendigen Anpassung der Sätze entlang der Leistungsfähigkeit, allerdings bestand auch die Befürchtung, einmal mehr als die Steuererhöhungspartei in die kommenden Wahlkämpfe ziehen zu müssen.

Dem setzte Cansel ihre Überzeugung entgegen, dass gerade die durch das Virus ausgelöste Krise die Bedeutung eines starken Staates bewiesen habe. Ein funktionierendes Sozialsystem und die Kurzarbeiterregelungen, wie auch die Milliardenhilfen für strauchelnde Unternehmen bewiesen die Notwendigkeit, die Einnahmen des Staates dauerhaft zu stärken.

Bertram Holeczek

Aktuelles aus der Abteilung

Wanderung durch das Tegeler Fließtal

Parteiarbeit in Corona-Zeiten

Bei schönem Wetter sind wir am 11. Oktober zum Köppchensee, nach Blankenfelde und Alt-Lübars gewandert. Über Politik, aber auch über Alltägliches und Persönliches haben wir viel gesprochen und es gab unterwegs einiges zu entdecken, das



Aussichtspunkt Köppchensee

für Gesprächsstoff sorgte. Das Naturschutzgebiet „Niedermoorwiesen am Tegeler Fließ“ im ehemaligen Grenzgebiet zum Beispiel: Reste der Obstplantagen des Stadtguts Berlin und eine begrünte frühere Mülldeponie, sind zum Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere geworden. Viel Pflege ist nötig, damit die Vielfalt dieses geschützten Biotops erhalten bleibt. Gleich daneben stoßen wir auf die Stammstrecke der Niederbarnimer Eisenbahn, die in den kommenden Jahren wieder in Betrieb genommen werden soll. Kann am früheren Bahnhof Blankenfelde eine Parkmöglichkeit für Pendler geschaffen werden? Eigentlich dringend nötig, aber dieses wichtige Naherholungsgebiet darf nicht zerstört werden. Das gilt erst

recht für die Pläne, ab hier den Alten Bernauer Heerweg zur Verbindungsstraße zwischen Blankenfelde und Lübars auszubauen.

Eine Info-Tafel am Heerweg erinnert an das sogenannte „Krankensammellager für arbeitsunfähige Ostarbeiter“: 1941-1945 wurden erkrankte Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter aus den besetzten osteuropäischen Ländern hier bei miserabler Ernährung, katastrophalen hygienischen Bedingungen und ohne medizinische Hilfe ihrem Schicksal überlassen.

Eigentlich wollten wir uns häufiger zu solchen gemeinsamen Unternehmungen treffen, um auch in Corona-Zeiten den Zusammenhalt zwischen den engagierten Genossinnen und Genossen zu stärken. Und das ist auch eine gute Idee, denn beim Auftakt hatten wir eine tolle Zeit miteinander. Nur dass leider die neuen Corona-Beschränkungen uns auch hier wieder einen Strich durch die Rechnung machen: Die Radtour nach Nieder Neuendorf, die wir für November geplant hatten, musste erst einmal abgesagt werden. Aber wir holen das nach!

Thomas Koch

Aktuelles aus der Landespolitik

2,5 Jahre Mobilitätsgesetz – Anspruch und Wirklichkeit

Am 28. Juni 2018 wurde das Berliner Mobilitätsgesetz durch das Abgeordnetenhaus beschlossen. Dieses Gesetz - das erste in seiner Art auf Länderebene - hat seine Wurzel in den Forderungen der Initiative Volksentscheid Fahrrad und wurde erst in den Koalitionsverhandlungen von R2G durch die SPD zu einem „echten“ Mobilitätsgesetz weiter entwickelt. Ziel des Gesetzes ist, dass in einer wachsenden Metropole wie Berlin alle Bürgerinnen und Bürger bequem, sicher und bezahlbar an ihr Ziel kommen. Mit dem Mobilitätsgesetz soll die Leistungsfähigkeit der einzelnen Verkehrssysteme verbessert werden und die Klimaziele der Stadt erreicht werden. Darüber hinaus soll dieses Gesetz einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit leisten.

Wesentliche Bestandteile des Gesetzes stellen die Betrachtung der einzelnen Verkehrsarten und deren Verknüpfung dar. Die ersten drei Bausteine „Allgemeine Mobilität, ÖPNV, Radverkehr“ werden gerade

mit dem Themenkomplex „Fußverkehr“ ergänzt und fortgeschrieben. Damit sind zumindest für die Verkehrsarten des Umweltverbundes gemeinsam Zielvorgaben und Handlungsempfehlungen formuliert. Die Themenbereiche Wirtschaftsverkehr und neue Mobilitätsformen sollen noch bis zum Ende der Legislaturperiode folgen.

Richtig ist aber auch, dass zur Konkretisierung und zur Umsetzung der einzelnen Zielvorgaben im Mobilitätsgesetz weiter, detailliertere Planwerke noch ausstehen. So wird im § 16 des Gesetzes formuliert, dass der künftige **Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr** (StEP Mobilität und Verkehr) für Berlin die Grundlage für alle weiteren verkehrsspezifischen Planungen darstellt. Auf der Basis des StEP Mobilität und Verkehr sollen dann weitere separate Planwerke wie der



Abb: SenUVK

- Fußverkehrsplan und
- der Radverkehrsplan

folgen. Dieses grundsätzliche Planwerk - vom Senat immer noch nicht beschlossen - fehlt weiterhin. Oder anders formuliert, die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes verzögert sich zwangsläufig. Notwendige Handlungsempfehlungen und Qualitätsvorgaben für die konkrete Projektplanung besonders in den Bezirken fehlen. R2G

hat sich 2016 mit ihrem Koalitionsvertrag deutlich für eine nachhaltige Verkehrswende ausgesprochen. Die Federführung für die Umsetzung liegt bei Bündnis90/Die Grünen. Derzeit besteht jedoch die Gefahr, dass dieses Versprechen in der laufenden Wahlperiode wahrlich nicht eingelöst wird. Soviel zu Anspruch und Wirklichkeit.

Horst Mentz

Im Gespräch mit Martin Müller



Zur Person: Student, in Hermsdorf geboren und aufgewachsen, seit 2014 in der SPD, Vorsitzender der Jusos Reinickendorf, als Schriftführer Mitglied im Vorstand der SPD-Abteilung Hermsdorf und im SPD-Kreisvorstand Reinickendorf.

Was war der Grund oder Anlass für dich, in die SPD einzutreten?

Das war ganz unspektakulär. Als Schüler habe ich schon länger mit der SPD sympathisiert, wollte mich auch engagieren. Der Eintritt bei den Jusos wäre eigentlich schon früher fällig gewesen, und nach der Schule habe ich diesen Schritt dann vollzogen.

Wer in der SPD ist dein persönliches Vorbild? Was gefällt dir besonders an dieser Person?

Vielleicht Annika Klose, die frühere Vorsitzende der Jusos Berlin: Sie kämpft mit Leidenschaft und tut etwas, ganz praktisch. Sie fordert nicht nur die Aufnahme von Geflüchteten, sondern verbringt auch mal ihren Sommer auf einem Rettungsschiff auf dem Mittelmeer. Beeindruckt haben mich aber auch Genossinnen und Genossen in der Abteilung oder in der BVV, die sich auf kommunaler Ebene für die vermeintlich „kleinen“ Dinge einsetzen.

Was findest du gut in unserer Abteilung, was es so bei den Jusos nicht gibt?

In der Abteilung gibt es Menschen verschiedener Altersgruppen und mit unterschiedlichen Blickwinkeln, die ihre Kompetenzen und Erfahrungen mitbringen. Die Reinickendorfer Jusos sind oft Schüler*innen, Azubis und Studierende. Aber manchmal wissen die älteren Genoss*innen einfach alles besser (lacht)!

Und was können die älteren Genossinnen und Genossen von den Jusos lernen?

Die organisatorische Ebene! Die Jusos sind viel besser organisiert als eine durchschnittliche SPD-Abteilung. Damit meine ich Strukturiertheit und Zielstrebigkeit: Dass am Ende auch was rauskommt!

Wie sieht deine persönliche Prognose für die Wahlen im kommenden Jahr aus?

Das ist schwer einzuschätzen. Aber mehr

Stimmen als bei den letzten Wahlen, das ist überhaupt nicht ausgeschlossen! In Berlin müssen wir eigentlich stärkste Kraft werden, und das wird sicher nicht einfach. Unsere designierten Landesvorsitzenden Franziska Giffey und Raed Saleh konnten politisch noch nicht richtig punkten. Aber Franziska wäre eine gute Regierende Bürgermeisterin, vor allem im Vergleich der „Alternativen“ von CDU und Grünen.

Wo in der SPD siehst du dich in zehn Jahren?

Also ich engagiere mich ja schon im Kreisvorstand, mache da gute Arbeit besonders

im Bereich Nachwuchs-Förderung. Ein Generationswechsel steht an, neue junge Leute werden gebraucht, da sehe ich Perspektiven. Öffentliche Wahlämter finde ich spannend, aber da kommt es immer auf die jeweilige Kompetenz an: Bessere Kandidatinnen und Kandidaten lasse ich gern vor! Und natürlich wird auch die berufliche Perspektive für mich immer wichtiger. Politik als Beruf, eine reine Parteikarriere, das kann ich mir nicht vorstellen.

Die Fragen stellte Thomas Koch.

Newsticker aus der BVV

Wohnungs- und Mietenentwicklung in Reinickendorf (Teil 1)

Beim Wohnungsbau hat Reinickendorf die rote Laterne

Die wachsende Stadt mit neuem Wohnraum zu versorgen hat offensichtlich in Reinickendorf keine hohe Priorität. Und das ist umso beachtlicher, als dass Reinickendorf in den letzten fünf Jahren um 12.408 EW gewachsen ist, aber nur 2.151 Wohnungen (WE) fertiggestellt wurden. Da müssen einige Menschen also ganz schön eng zusammenrücken. Seit vielen Jahren ist Reinickendorf in der Statistik der Baugenehmigungen ganz weit hinten zu finden. Und im laufenden Jahr ist Reinickendorf bislang sogar Schlusslicht mit nur 246 genehmigten WE (Stand 30.9.).

In Reinickendorf werden zahlreiche Baugenehmigungen im Wege der Befreiung erteilt, d.h. dass insbesondere beim Maß der baulichen Nutzung von altem Baurecht, was i.d.R. sehr niedrig ist, abgewichen werden darf (z.B. in der Cité Foch). Oder altes Baurecht wird einfach für „funktionslos“ erklärt und eine Baugenehmigung nach § 34 BauGB erteilt, wonach ein

Bauvorhaben zulässig ist, wenn es sich „in die nähere Umgebung einfügt“.

Dass sich ein Bauvorhaben einfügen soll ist naheliegend bei Baulückenschließungen oder geringfügigen Arrondierungen.



Bauvorhaben der bpd in der Cité Foch durch Befreiungen genehmigt

Bei größeren Bauvorhaben müssen allerdings Bebauungspläne in einem zeitaufwändigen Verfahren aufgestellt werden. Diese B-Pläne erlauben jedoch auch mal einen Dichte-Maßstabssprung, wie er in vielen Bezirken praktiziert wird. Durch geeignete Festsetzungen könnte z.B. höher und damit dichter gebaut werden, um die Versiegelung des Bodens zu reduzieren und gleichzeitig mehr Wohnraum zu schaffen. Zudem würde das sog. „Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung“ für mehr mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum zur Anwendung

kommen. (Dazu mehr im **Teil 2** in der nächsten Ausgabe).

Besprechungspunkte zu B-Planverfahren sind jedoch auf den Tagesordnungen des Stadtplanungsausschusses selten zu finden. Der Entwurf für das **TetraPak-Gelände** in Heiligensee liegt nunmehr nach 1,5 Jahren vor, aber auf die Entwürfe für den **Ziekowkiez** in Tegel oder die **Cité Foch** in Wittenau sowie weitere kleinere B-Pläne warten wir vergeblich.

Dass sich das Bezirksamt die Bauanträge nicht „stricken“ kann ist klar. Dennoch erwarten wir, dass die Stadtplanung in Reinickendorf mutiger wird, mehr Bebauungsverfahren zügig bearbeitet und dass sich damit auch Reinickendorf zur wachsenden Stadt bekennt.

++ BVV in Corona-Zeiten

Die BVV hat am 11.11.20 das erste Mal digital getagt. Im Hinblick auf Abstimmungen war es ein sehr zeitaufwändiges Verfahren, da diejenigen, die nicht mit dem PC an der Sitzung teilnahmen, einzeln am Telefon abgefragt werden mussten. Nach Abstimmungen der Tagesordnung, Dringlichkeiten u.Ä. vergingen schon mal 1,5 Stunden. Für die Bürger*innen wurde die Sitzung live auf YouTube übertragen. Wer

sich ein eigenes Bild machen möchte: Die nächste Sitzung findet digital am 9.12.20 ab 17:00 Uhr statt. Infos finden sich dann auf der Homepage der BVV unter:
<https://www.berlin.de/ba-reinickendorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

++ Antrag zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (vbGB) abgelehnt

Auf unsere Initiative hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Einrichtung eines „verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs“ in der **Heinsestraße** mit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 20 sowie weiteren Maßnahmen eingebracht. Sowohl im Bau- als auch im Verkehrsausschuss wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU und AfD abgelehnt. Während die AfD in der Heinsestraße gar keine Probleme sieht glaubt die CDU, diese mit einem weiteren Fußgängerüberweg, der irgendwann im Bereich des Max-Beckmann-Platzes kommen soll, zu lösen. Wie man dadurch jedoch die Radfahrenden motiviert, auf der Fahrbahn zu radeln, bleibt ihr Geheimnis.

Wir sind optimistisch, dass der vbGB als Ergebnis einer von Bündnis90/Die Grünen beantragten Machbarkeitsstudie dennoch umgesetzt wird.

Angela Budweg

Verschiedenes und Termine

24.11.20 ab 19:00 Uhr: Nächste digitale Abteilungsversammlung, die Einladung mit den Zugangsdaten geht rechtzeitig zu.

13.12.20 ab 13:30 Uhr: Wanderung durch den Tegeler Forst mit Glühweintrinken, in Abhängigkeit von den dann geltenden Corona-Bedingungen. Einladung folgt

Impressum

Infobrief der Abteilung Hermsdorf des Kreisverbands Reinickendorf der SPD Berlin, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin.

Der Infobrief erscheint ca. alle zwei Monate und wird an die Mitglieder der Abteilung und interessierte Personen verteilt.

info@spd-in-hermsdorf.de